

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Wulfsberg, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1918, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 161. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschlt. Zustellung 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3.45 Mk., monatlich 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gespaltene Kolonnette 20 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Vierteljahr 1.05 Mk. Anzeigen-Matrat geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach-Nr. 5258 Verlin.

Nr. 244.

Magdeburg, Donnerstag den 17. Oktober 1918.

29. Jahrgang.

## Am Scheideweg.

Als wir den ersten Zylinder des bulgarischen Ferdinand auf die Sauberkeit seines Futters untersuchten, haben wir angenommen, der Habsburger Karl müsse sich den zweiten aufsetzen. In dem Föderativstaate, der sich auf österreichisch-ungarischer Erde zu bilden beginnt, ist für einen Thron — ob er kaiserlich oder königlich gepolstert sein mag — kein Raum mehr. Die Hoffnungen schwerfälliger Monarchisten, daß sich irgendwo und irgendwie noch eine Personalunion zurechtzimmern lassen werde, muß wie Schnee im Mai zerfließen. Die separatistischen Nationen Oesterreichs lehnen mit dem Staat auch den bisherigen Träger seiner obersten Gewalt ab. Karl von Habsburg entgeht seinem Geschick nicht.

Die Entente hat es mit einem anderen Zylinder aber noch eiliger. Sie nimmt ihn vom Regal und überreicht ihn dem Hohenzoller Wilhelm 2.

mit der feierlichen und bestimmten Weisung, wenn das deutsche Volk nicht dafür Sorge, daß er aufgesetzt würde, dann gebe es keine Frieden. Denn die Entente will wissen, mit wem sie einen Friedensvertrag schließt, mit wem sie es in Zukunft zu tun hat.

Das ist die wichtigste Forderung, die die zweite Antwort Wilsons auf die zweite deutsche Friedensnote vom 12. Oktober enthält. Es hat nur einer zweifelhafte Beratung Wilsons mit Lansing und einem andern Regierungsmittglied bedurft, um die Antwort, die unten folgt, zu formulieren. In Deutschland hat's mehr Tage bedurft als in Washington Stunden. Drüben ist alles schon vorbereitet. Man greift nur in ein Fach und legt die Antwort auf den Tisch. Wilson geht dabei durchaus einig mit den Regierungen der Entente vor. Was er fordert, sind die Forderungen der Gesamtentente. Es ist eine naive Vorstellung, die nur in bürgerlichen deutschen Gehirnen austauschen kann, daß es möglich wäre, die Alliierten zu trennen und dadurch für Deutschland mildere Bedingungen herauszuschlagen. Drüben steht eine granitne Mauer, die in dieser Frage keine Fuge hat. Gestützt auf ihre militärische Uebermacht ist die Entente entschlossen, fest und restlos

### politische Abrechnung

für lange Jahre der Vergangenheit und für alle Zukunft zu halten.

Wir haben darauf in den letzten zwei Wochen des öftern hingewiesen. Das Vorgehen der Entente ist ganz geradlinig, aber die bürgerliche Presse war wieder einmal blind; sie hat nichts davon wahrgenommen und fällt jetzt wie so oft schon aus allen Himmeln ihrer Illusionen. Vorgestern, bei Besprechung der deutschen Antwort vom 12. Oktober, haben wir betont, daß es nicht genüge, von einer lediglich deutschen Regierung zu sprechen und das Epitheton „kaiserlich“ unter den Tisch fallen zu lassen. Es werde drüben keinen Eindruck machen, wenn die neue Regierung den deutschen Kaiser hinter den Vorhang treten lasse; Wilson sorge schon dafür, daß er wieder vor dem Vorhang zu erscheinen habe. Wir haben betont, daß die Entente mit einem Hohenzollern keinen Frieden schließt, daß daher die Antwort auf die dritte Frage Wilsons nach den „Gewalten des Reiches“ die wichtigste sei. Die deutsche Regierung hatte am 12. Oktober geantwortet:

Diejenige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen gestützt auf den Willen dieser Mehrheit spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Auch hier war von einem deutschen Kaiser und der großen politischen Macht, die Verfassung wie vor allem Herkommen ihm in die Hände legen, mit keiner Silbe die Rede. Auch hier trat Wilhelm 2. hinter den Vorhang.

Aber mit einem solchen kindlichen Versteckspielen sind politische Verträge der wichtigsten Art nicht vorzubereiten. Wir haben das vorhergesagt und unsere Prophezeiung trifft jetzt ein. Wilson läßt nicht locker. In feierlichster Form betont er, daß die deutsche Regierung sich um den wichtigsten Punkt herumdrücke. Er redet daher ganz offen und ganz deutlich. Nur durch die

### Abdankung der Hohenzollern

könne Deutschland zu dem Frieden kommen um den die deutsche Regierung ersucht hat.

Das ist der einzige und klare Sinn seiner neuen Bedingungen. Es hat gar keinen Zweck und ist volkschädlich im

höchsten Grade, diesen Kern der Wilsonschen Antwort zu bemänteln und um ihn herumzureden. Im Gegenteil, es muß dem deutschen Volk offen gesagt werden, worauf es ankommt, wie allein es zu Waffenstillstand und Frieden kommen kann. Die Friedensfrage bewegt alle Gemüter. Da müssen sie auch klipp und klar erfahren, um was es geht, was dem Ende des Blutvergießens und was dem Kommen des Friedens heute noch im Wege steht.

Von den Ueberseern der Wilsonschen Note wird schon versucht, Nebelschwaden aufsteigen zu lassen und die wichtigste Bedingung der Entente zu verschleiern. Es liegen daher drei Uebersetzungen ins Deutsche vor. Zwei, die schülerhaft ausgefallen sind und ein englisches Deutsch bieten. Davon eine, die an der entscheidenden Stelle eine angebliche Vertäuschung des Textes entdeckt und daher gerade dort ganz unklar wird. Da uns das Original nicht zur Verfügung steht, geben wir die Uebersetzung des „Berliner Tageblattes“. Sie wird als „authentisch“ bezeichnet. Die Flüssigkeit der Sprache und die Klarheit der Sätze deuten darauf hin, daß die Behauptung des Berliner Blattes zutreffen wird.

### Der Wortlaut.

Mein Herr! In Uebereinstimmung mit der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. d. M., die Sie mir heute ausdändigten, habe ich die Ehre, Sie mit der Uebersetzung der folgenden Antwort zu bitten:

Die unbedingte Annahme der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und seinen späteren Ansprachen niedergelegten Bedingungen durch die gegenwärtige deutsche Regierung und eine große Mehrheit des Deutschen Reichstags berechtigt den Präsidenten zu einer freiwilligen und unumwundenen Erklärung über die Entscheidung, die er auf die Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 hin getroffen hat.

Es muß Klarheit darüber herrschen, daß der Vorschlag der Annahme und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Gegenstände sind, die dem Urteil und dem Räte der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen bleiben müssen, und der Präsident empfindet es als seine Pflicht, zu sagen, daß keine Vereinbarung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheit und Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit

der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten im Felde vorsetzt. Er glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sind.

Der Präsident hält es ebenfalls für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß sich weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch, wie er sicher annimmt, die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden sind, auf die Erörterung eines Waffenstillstandes einlassen werden, solange die deutschen Streitkräfte die ungescheitlichen und unmenslichen Handlungen fortsetzen, auf denen sie immer noch beharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote beschäftigt, auf der See

### Passagierschiffe zu versenken,

und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen verkehren, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Blandern und Frankreich den Weg unwillkürlicher Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet worden ist. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland verbundenen Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenslichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen blicken.

Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands

### in feierlichster Form

auf den Wortlaut und deren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

Zernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.

Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern.

Die soeben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine (die) Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungswiese des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die

### in dieser grundlegenden Frage

gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbundenen Regierungen unzweifelhaft wissen, mit wem sie es zu tun haben.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn senden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. Robert Lansing.

### Was Wilson fordert.

Die zweite Antwort Wilsons ist eine Fortsetzung der Verhandlungen über die Bedingungen, unter denen die Alliierten in einen Waffenstillstand mit Deutschland einwilligen wollen.

Die neue Note kündigt an, daß die Gegner absolute und befriedigende Garantien für die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Ueberlegenheit während des Waffenstillstandes verlangen werden. Ueber diese Garantien zu unterhandeln, würde die Aufgabe der gemischten militärischen Kommission sein, deren Einsetzung Deutschland beantragt hat. Die Verhandlungen müßten dabei auf beiden Seiten nicht von Fiktionen, sondern von Tatsachen ausgehen, und es ist leider eine Tatsache, daß die Gegner Deutschlands gegenwärtig über eine beträchtliche militärische Ueberlegenheit verfügen.

Wilson sagt weiter, die Verbündeten würden keinen Waffenstillstand in Erwägung ziehen, solange die deutschen U-Boote grausame Verfassungen vornähmen, und die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug alles rücksichtslos vernichteten. Das Ziel dieser Forderung ist nicht ganz klar. Denn mit dem Eintritt der Waffenruhe würden die Verfassungen ganz von selbst aufhören und die deutschen Truppen würden das besetzte Gebiet in aller Ordnung räumen. Die Beschwerden des Präsidenten Wilson erledigen sich also durch den Eintritt des Waffenstillstandes von selbst.

Möglicherweise aber beabsichtigt der Präsident, Deutschland zur

### Einstellung des unbeschränkten U-Boot-Kriegs

und zu neuen Instruktionen an die sich zurückziehenden Truppen zu veranlassen oder er wünscht eine Erklärung darüber, daß auch im Falle des Scheiterns der Verhandlungen und der Wiederaufnahme des Krieges Deutschland andre Regeln der Kriegführung befolgen würde.

Der Sinn seiner neuerlichen Beschwerde ist also nicht ganz klar. Ihre beste Erledigung wäre jedenfalls in dem sofortigen Eintritt des Waffenstillstandes zu erblicken, worauf man ja über die Regeln der Kriegführung nach etwaiger Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sprechen könnte. Wenn aber auf beiden Seiten der feste Wille besteht, durch diese Verhandlungen zum dauernden Frieden zu gelangen, dürfte die Erörterung künftiger Kriegsregeln gegenstandslos werden.

Schließlich macht der Präsident Wilson auf einen bestimmten Punkt seines Friedensprogramms aufmerksam, den er für ausschlagentend erachtet. In seiner Rede vom 4. Juli forderte er „die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabdrückung bis zur tatsächlichen Ohnmacht“.

Da die neue deutsche Regierung das Friedensprogramm Wilsons als Ganzes angenommen hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich diese Annahme auch auf den von Wilson jetzt besonders herbegehobenen Punkt bezieht. Er deckt sich vollständig mit den Forderungen, die von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon lange vor dem Krieg und während des Krieges erhoben worden sind, und deren Ausführung sich jetzt im Zuge befindet. Dem Deutschen Reich wäre viel Bitteres erspart geblieben, wenn es die Forderungen seiner eignen sozialdemokratischen Volksgenossen rechtzeitig erfüllt hätte, statt darauf zu war-

ten, daß sie von seinen Gegnern im Kriege gestellt würden. Immerhin hat sich der Uebergang vom persönlichen Regiment

zum System der Volksregierung noch ohne unmittelbaren feindlichen Druck vollziehen können. Noch ehe die neue Note Wilsons veröffentlicht worden war, hatte die engere Regierung beschlossen, dem Reichstag eine Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung in dem Sinne vorzuschlagen, daß eine Entscheidung über Krieg und Frieden nicht ohne die Zustimmung des Deutschen Reichstags erfolgen darf.

Man kann einwenden, daß eine solche Zustimmung des Reichstags an sich nur eine dekorative Bedeutung hat. Wenn durch die auswärtige Politik der Regierung die Dinge so weit gefördert sind, daß faktisch gar nichts anderes übrigbleibt als Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen, dann steht der Reichstag unter dem Zwang, aus den vorausgegangenen Regierungshandlungen die unausweichlich gewordenen Folgerungen zu ziehen. Entscheidend ist also nicht die formale Zustimmung des Parlaments, sondern die Frage, wer die Geschäfte des Reiches führt, bevor eine solche Zustimmung notwendig wird. Entscheidend ist die Frage, wer die tatsächliche dauernde Regierungsgewalt in Händen hat. Diese darf sich aber

**nur in den Händen des Volkes**

befinden und von dessen erwählter Vertretung ausgeübt werden.

Das ist jetzt der wirklich bestehende Zustand in der ganzen Welt. Es gibt Monarchien und Republiken, die Unterscheidung ist aber ganz unwesentlich geworden, da sich die Monarchie, wo sie noch besteht, längst auf ihr Altenteil zurückgezogen hat.

Daß sich Deutschland diesem Weltzustand angleiche, ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie, die jetzt zweifellos ihre Erfüllung finden wird. Die Anhänger des alten Systems sind vollkommen außerstande, diese Entwicklung aufzuhalten, sie könnten höchstens durch Dross und Eigenfinn neues Unheil über das deutsche Volk heraufbeschwören, was letzten Endes ganz gewiß auch für sie persönlich zum allerhöchsten Schaden ausfallen würde. Darum ist es notwendig, daß in diesem Punkte

**Alte Bahn geschafft**

wird. Die Beschränkung der Monarchie auf rein repräsentative Aufgaben, die Bildung der obersten Gewalt aus der gewählten Volksvertretung und die unbedingte Unterordnung aller Organe unter die demokratisch gewählte Staatsautorität sind die unerlässlichen Forderungen des Tages. Dies zu erkennen, haben wir deutschen Sozialdemokraten nicht erst den Präsidenten Wilson und die furchtbaren Lehren dieses Krieges gebraucht. Schlimm für die andern, schlimm für das ganze Volk, daß die sozialdemokratische Erkenntnis nicht schon längst durchgedrungen ist. Nun dulden die Dinge keinen längeren Aufschub mehr.

**Das persönliche Regiment.**

Die Forderung Wilsons, das deutsche Volk solle die Macht besitzend, die „allein und aus eigener Willensbestimmung“ den Weltfrieden stützen könne, lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf das persönliche Regiment, wie es vor dem Kriege bei uns in Blüte stand und im Ausland aus dem Gegenteil von Sympathie erweckte.

Es ist vielleicht nützlich, aus der großen Fülle von Neuerscheinungen dieses persönlichen Regiments einiges der Bergeshöhe zu entnehmen:

**Von Gottes Gnaden.**

In das von der „Ill. Ztg.“ herausgegebene „Goldene Buch des deutschen Volkes“ schrieb der Kaiser zur Jahreshundertwende:

Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er hat seinen Ruhm und sein Glück nur unter diesem Göttergünstigen...

In einer Rede auf dem Brandenburger Provinziallandtag am 21. Februar 1892 sagte Wilhelm 2.:

... Wäre es denn nicht besser, daß die mühseligsten Kämpfe lieber den deutschen Staat von den Panzertafeln schütteln und sich unsern erdenden und jammervollen Zuständen auf das schmerzhaftest entgegen? ... Nein, im Gegenteil, Brandenburger, zu Großem sind wir uns bestimmt und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen. ... Mein Kurs ist der richtige und er wird weitergeführt. ...

Am 8. September 1906 im Zwinger zu Breslau auf einem Dinner, das die Provinz Schlesien herausrief: „Schwarzschere dulde ich nicht und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus und totan er will, suche er sich ein besseres Land. ...“

**Der deutsche Nar.**

Am 2. März 1888 heißt es in Wilhelmshaven: „So der deutsche Nar heißt ergriffen und die Krallen in ein Land hineingeseht hat, das ist deutsch und wird deutsch bleiben.“

**Die Armee.**

In Frankfurt (Oder) erklärte der Kaiser am 16. August 1888:

Ich glaube, daß ... darüber nur eine Stimme sein kann, daß wir lieber unsere gesamten Armeekorps als 12 Millionen Einwohner auf der Straße liegen lassen, als daß wir einen einzigen Stein von dem, was unser Vater und der Prinz Friedrich Carl errungen haben, abgeben.

„Der Soldat und die Armee, nicht Parlamentsmajoritäten und -beschlüsse haben das Deutsche Reich zusammengehalten“, sagte der Kaiser am 18. April 1891 in Berlin, „mein Vertrauen beruht auf der Armee.“

„Die einzige Säule, auf der unser Reich besteht, war das Heer!“ hieß es in einer Ansprache am 18. Oktober 1894.

Am gleichen Tage dankte der Kaiser den Kommandierenden Generalen für die Vervollkommnung der Armee, daß diese fähig sei „zur Aufrechterhaltung meiner Autorität im Innern“.

Am 2. September 1895 fällt in einem Trinkspruch auf die Garde das Wort von der „Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen“ und, um diese Rotte abzuwehren: „rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren.“

Am 27. Oktober 1905 sagte Wilhelm 2. bei einem Brunkmahl:

Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwärzer verbannt.

Im August 1906 sagte der Kaiser im Münsterlager: „Ein Säckel führt, was dahinter ist, ... ist einerlei. Immer Langen nach vorne! Immer durch!“

Am 24. November 1891 versichert der Kaiser den Berliner Rekruten, der vornehmste Umgang für den Soldaten sei der Soldat, nicht das Zivill.

Zwei Jahre später, wieder bei der Rekrutenverabschiedung, heißt es „Ihr seid berufen, mich in erster Linie vor dem äußern und innern Feind zu schützen.“

**Die Polen.**

Am 22. September 1894 sagte der Kaiser in Thorn: Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hier selbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf meine Gnade rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als patriotische Untertanen fühlen. ... Ich kann auch sehr unangenehm sein und werde es, wenn erforderlich, auch werden. ...

Am 4. September 1902 in Posen: „Zum ändern versteht es sich von selbst, daß meine Beamten unbedingte nach meinen Direktiven und gehorsam meinen Befehlen ohne Zaudern die Politik durchzuführen, welche ich für die Provinz als richtig erkannt habe.“

**Wilhelm und Nikolaus.**

Im Sommer 1902 trafen sich Wilhelm 2. und Nikolaus in Neval. Von der Heimfahrt sandte Wilhelm dann ein Telegramm:

Der Admiral des Atlantischen Ozeans dem Admiral des Stillen Ozeans.

Worauf als Antwort die lakonische Bemerkung eintraf: Glückliche Reise!

Als im Jahre 1904 im russisch-japanischen Krieg ein russischer Kreuzer unterging, telegraphierte Wilhelm 2. von Italien aus nach Petersburg: Rußlands Trauer ist Deutschlands Trauer!

Am 2. Oktober 1901 begab sich Wilhelm 2. in russischer Uniform zu Pferde nach dem russischen Grenzort Byschtyen, der durch eine Feuersbrunst heimgejagt war. Dort hielt er an die auf dem Marktplatz zusammengeströmte Bevölkerung vom Pferde herab eine Ansprache, in der er mitteilte, daß der Zar durch den Kaiser 5000 Rubel schickte. Ihre „Danbarkeit und Liebe für ihren Kaiser und Vater mußten die Führer durch ein Hurra bekräftigen!“

**Die Buren.**

Als die Regierung der Südafrikanischen Republik den Freidentzug des Engländer Jameson zerstreut hatte, sandte Wilhelm 2. am 3. Januar 1896 an den Präsidenten Krüger ein Telegramm, in dem er dazu gratulierte, daß es den Buren gelungen sei, „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren“, die Feinde zu zerjagen.

Das Telegramm erregte in England peinlichste Verstimmlung. Als dann England offiziell in den Krieg mit den Buren eingetreten war, erging sich Wilhelm 2. in feierlichsten Lobeserhebungen für die englische Armee und ihre Führer. Krüger aber und die Burengenerale, die nach Deutschland kamen, wurden von ihm nicht empfangen.

**Marokko.**

Anfang April 1905 unterbrach der Kaiser plötzlich seine übliche Mittelmeerreise und landete in der marokkanischen Hafenstadt Tanger. Dort erklärte er dem Vertreter des damaligen Sultans, daß er diesen als „freien Herrscher“ betrachte.

Die Folge dieses Eintretens für den Sultan, der bald darauf abgesetzt wurde, war, daß eine internationale Marokko-Konferenz im Frühjahr 1906 in Algieras stattfand, bei der Deutschland schmächtig abfiel. Nur der österreichisch-ungarische Vertreter trat für die deutschen Ansprüche ein, während Italien schon damals die Interessen Frankreichs wahrnahm. Diese Tatsache quälte Wilhelm 2. durch eine Depesche an den österreichischen Minister des Auswärtigen, in der es heißt:

Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichen Falle auch von mir gewiß sein. ...

Diese Art, als Staatshaupt des Minister eines andern Staates als Gehilfen anzutelegraphieren, wurde von der Wiener Presse einmütig und scharf zurückgewiesen. Die englische Presse aber meinte, daß in dieser Depesche eine scharfe Lektion an Italien zu erblicken sei, „doch könne man bezweifeln, ob es eine weise Politik sei, unabhängigen Mächten scharfe Lektionen zu erteilen“. Und schon damals insinuierte „Daily Chronicle“, daß Deutschland die isolierteste Macht Europas sei. Der Kaiser habe die Entfremdung Italiens von Deutschland entzählt.

**Sonnen.**

Am 27. Juli 1900 kam der Kaiser zur Besichtigung der nach China abgehenden Truppen nach Bremerhaven, wo er ihnen eine Rede hielt, in der es heißt:

... Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe gefesselt. Parbon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Sonnen unter ihrem König Egel sich einen Namen gemacht ... so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur schief anzusehen.

Der Ausgang des chinesischen Feldzugs ist bekannt. Ein chinesischer „Sühnepinz“ mußte nach Berlin kommen, um den Boten vor dem Kaiser zu machen.

Heute steht China auf der Seite der Entente im Kampf gegen Deutschland. In England und Amerika aber führen die deutschen Soldaten heute beharrlich den Namen: Die Sonnen! —

**Das Bürgertum am Scheideweg.**

Also das mindeste wäre, daß die deutsche Monarchie sich künftig wie die englische auf rein repräsentative Aufgaben beschränken und die unbedingte Unterordnung aller Organe unter die demokratisch gewählte Staatsautorität zugestehen muß. Die Fassung der Wilsonschen Note und die feterliche Bekräftigung seiner Forderungen legen uns indessen den Verdacht nahe, daß die Entente damit noch nicht zufrieden ist. Wenn die deutsche Regierung antworten sollte, daß die verfassungsrechtlichen Maßnahmen getroffen würden, um die Krone hinfort in die lediglich repräsentative Stellung der englischen zurücktreten zu lassen, so wird Wilson in seiner dritten Antwort erklären: das genügt uns nicht; damit ist uns keine Gewähr dafür geboten, daß die Dinge nach dem Friedensschluß nicht eine andre Wendung nehmen, daß die alten Mächte wieder obenauf kommen und die alte Gefahr sich von neuem emporet. Wir verlangen volle Garantie. Diese wird uns nur mit der Abdankung der ganzen Hohenzollernschen Familie gegeben.

Wenn wir uns klaren Wein einschenken wollen, haben wir den ganzen Fragenkomplex gefälligst mit den Augen der Entente und nicht mit unsern anzusehen. Drüber ist es nun einmal ein unerschütterliches Axiom, daß Deutschland den Krieg begonnen hat, und daß Deutschland dem deutschen Kaiser gleichzusehen ist. Drüber erscheint daher Wilhelm 2. von Hohenzollern als der Friedensstörer schlechthin. Die Entente hat sich geschworen, diese Störung zu beseitigen, um endlich Ruhe zu haben und den Bürgerbund auf fester Basis errichten zu können. Den Säuren haben nicht nur die Regierungen abgelegt, sondern er ist auch von den Vätern, von all den Millionen unter der Einwirkung ihrer Presse geschworen worden.

Die Geschichte hat uns schon einmal ein Gegenstück gegeben. Damals, als das ganze reaktionäre Europa, England eingeschlossen,

**gegen den großen Korsen Napoleon**

zusammen im Felde lag. Wie Wilhelm 2. heute im den Augen der Entente, so war vor 103 Jahren Napoleon I., Kaiser der Franzosen, der Friedensstörer schlechthin. Die koalitierten Mächte gaben sich nicht damit zufrieden, Frankreich zu besiegen und Napoleon zu entfernen, sondern sie ruhten nicht eher, als bis der Störer der europäischen Ruhe auf der fernem Ozeaninsel Helena unschädlich gemacht worden war. Von Elba war er entflohen; von Helena führt kein Weg zurück zu den französischen Fahnen. Und Englands Seebörer hielten außerdem treue Wacht, daß der gefährliche Gefangene nicht entweichen konnte.

Ein ähnliches Gesdial plant die Entente für den Hohenzollern Wilhelm 2. Vorläufig legt Wilson es noch in die Hände der deutschen Nation: Sie möge sich darüber klar werden, sagt er, um welchen ersten und wichtigsten Preis ein Waffenstillstand und der Friede für Deutschland zu erreichen sei und das Ihrige dazu tun.

Das deutsche Volk kommt um die Stellungnahme daher so wenig herum wie die deutsche Regierung. Es heißt für die eine wie für das andre, Farbe zu bekennen.

Für einen Teil des Volkes können wir die Antwort geben. Ein Drittel der deutschen Reichstagswähler hat bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt. Sozialdemokraten sind Republikaner, weil sie Demokraten sind. Sie verkennen dabei nicht, daß eine Republik kapitalistisch reaktionärer sein kann als eine Monarchie. Aus diesem Grunde haben die deutschen Sozialdemokraten die Aenderung der Staatsform nicht in die erste Linie ihrer politischen Kampfformation gerückt, vielmehr auf die Bekämpfung der kapitalistischen Schäden den Nachdruck gelegt, aber ihre republikanische Ueberzeugung ist dadurch nicht abgeschwächt worden. Das haben die sozialdemokratischen Wähler genau gewußt. Es war beliebter bürgerlicher Trick, mit den republikanischen Grundgedanken der Sozialdemokratie die Wähler gruselig zu machen. Man hoffte, damit auf bequeme Art politische Geschäfte machen zu können. Es hat nichts genutzt. Ein Drittel der deutschen Reichstagswähler darf als republikanisch angesprochen werden.

Reiben zu zwei Drittel, die sich bislang für die Monarchie entschieden haben. Bei einem Teil dieser Massen erstiegt die monarchische Ueberzeugung ohne Zweifel aus einem tiefen innern, gleichsam religiösen Bedürfnis. Sie brauchen einen Nimbus, einen Schimmer, einen Glorionschein und wehen ihn uns Haupt des Gefürchteten. Der Zauber erhält sich, weil sie ihren Abgott nie zu Gesicht bekommen. Hätten sie ein Quaderstück des Wissens eines Kammerdieners, so würde er oft jäh zerfallen. Aber das wird ihnen nicht und deshalb halten sie fest an ihrer Verhimmelung des nie Geschauten.

Ein anderer und größerer Teil der bürgerlichen Wähler und Drahtzieher betreibt mit der Königsstrenge politische Geschäfte.

Wir hören heute noch nach mehr als sechs Jahren Wilhelm Kobelt, den Kandidaten aller bürgerlichen Parteien und Gruppen Magdeburgs, mit seiner schmalzigen Stimme den fundamentalen Gegensatz zur Sozialdemokratie in den Saal schreien: die Noten seien gottlose Republikaner, aber er, Wilhelm Kobelt, sei monarchisch bis in die Knochen. Ach Gott doch ja! Wie ganz anders hatte derselbe Wilhelm Kobelt vorher oft über Wilhelm 2. privatim gesprochen, was hat er später ebenfalls privat über ihn gesagt und wie hat er sich erst in jüngster Zeit unter vier Augen über dasselbe Thema geäußert!

Der Kobelt gibt es viele und überall. Solange ihre Interessen mit denen der Monarchie parallel laufen, so lange betonen sie die Unerschütterlichkeit ihrer monarchischen Überzeugung. Das war bislang der Fall. Die Bourgeoisie machte im Schatten des Kaiserturns glänzende Geschäfte; sie ließ sich daher das persönliche Regiment widerspruchslos gefallen. Gemurrt wurde nur in den vier Wänden oder mit gedämpfter Stimme am Stammtisch. Kritisch wird die Sache jetzt, wo die

Interessen sich haarscharf schneiden. Jetzt hat das Bürgertum sich zu entscheiden. Ist es bereit, für seine monarchische Überzeugung die Verlängerung des Krieges mit all ihren Konsequenzen auf sich zu nehmen?

Von der Junkerklasse sprechen wir erst gar nicht. Sie steht seit Generationen dem jeweiligen Träger der Krone recht nahe und verfügt über die Kenntnisse jedes Kammerdieners. Sie hat sich nie in Glorienschein und Gottesgnadenschimmer verloren, sondern Interesse hart an Interesse gestellt. Es hat nirgends so viel Majestätsbeleidigungen gehandelt, wie in junkerlichen Kreisen, wenn der Monarch einmal vorübergehend antijunkerliche Wege ging. In Preußen-Deutschland haben sie es ja auch immer durchgesetzt, daß der Kurs schleunigst geändert wurde. Das Bürgertum fügte sich jedesmal, denn es machte immer noch und trotzdem flotte Geschäfte.

Mit der Macht des Junkertums und mit der Untermäßigkeit des Bürgertums ist es aber heute vorbei. Deutschland steht in einer so schlimmen Situation, wie noch nie zuvor. Vor seinen Grenzen stehen übermächtige Heere. Die alliierten Gegner kennen gegen die Gewalten, denen sie die Schuld am Kriege zuschieben, keine Schonung. Sie stellen Bedingungen und drohen, den Krieg in deutsche Lande zu tragen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Das Bürgertum steht am Scheideweg zwischen der Treue zu einer Familie und der Treue zum Vaterland. Es muß wählen. —

### Beschränkung der Chronrechte.

Die Ankündigung, daß das in der Verfassung festgelegte Recht des Kaisers, über Krieg und Frieden zu entscheiden, beseitigt und die Notwendigkeit der Zustimmung des Reichstags in diesen Fragen festgelegt werden solle, ist bereits vom Bundesrat in die Tat umgesetzt worden. Er hat beschlossen, daß im Artikel 11 der Reichsverfassung im Absatz 2 hinter den Worten „des Bundesrats“ die Worte eingeschaltet werden „und des Reichstags“ sowie der Absatz 3 durch folgende Bestimmung ersetzt wird: „Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags“.

Die „Germania“ kündigt an, daß mit der Aufhebung des Art. 21 Absatz 2 der Reichsverfassung die in Aussicht stehenden Verfassungsänderungen keineswegs erschöpft sein werden. Es seien vielmehr noch Maßnahmen vorgesehen, die sich auf Änderung bzw. Ausführung der Artikel 11 und 17 beziehen.

Artikel 11 der Verfassung spricht die alleinige Befugnis des Kaisers aus, „im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen“. Mag er auch hierbei in gewissen Fällen an eine Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags gebunden oder materiell durch Reichsgesetze beschränkt sein, so ist er doch nach dem jetzigen Rechte der einzige völkerrechtliche Vertreter des Reiches. Nunmehr soll nach den Angaben der „Germania“ die Mitwirkung des Reichstags bei der Entscheidung über Krieg und Frieden in der Verfassung festgelegt und deutlicher als bisher zum Ausdruck gebracht werden.

Der Antrag des Bundesrats ist bereits dem Reichstag vorgegangen, der vermutlich in seiner nächsten Sitzung darüber entscheiden und ihm — selbstverständlich — zustimmen wird.

Es steht ferner ein Gesetz in Aussicht, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers festlegt. Artikel 17 der Reichsverfassung stellt fest, daß die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher dadurch die Mitverantwortlichkeit übernimmt. Die Verantwortung des Reichskanzlers steht aber heute auf dem Papier, weil ein die Verantwortlichkeit regelndes Gesetz bisher nicht erlassen wurde. Diese Lücke soll nun geschlossen werden. Dabei handelt es sich nicht um eine Verfassungsänderung, sondern um die Verwirklichung der Verfassung durch Aufstellung entsprechender Rechtsätze.

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß die rechtsstehende Presse die Änderungen mit einem neuen Wehgeheul aufnimmt und über den „Abbau der Monarchie“ zetert. Die Leute werden sich noch an ganz andre Dinge gewöhnen

### Beilegung der Kanzlerkrise.

Wider Erwarten ist die Kanzlerkrise wieder beigelegt worden. Der kompromittierende Brief des Kanzlers an seinen Better hatte die Sozialdemokratie vor die Frage gestellt, ob sie ein weiteres Verbleiben der sozialdemokratischen Regierungsglieder im Amt unter der Kanzlerschiff des Prinzen Magdalenen könne. Hätte sie die Frage verneint, so wäre nicht der Rücktritt der Sozialdemokraten erfolgt, sondern der des Kanzlers.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nun am Dienstag gegen wenige Stimmen beschlossen, daß momentan kein Anlaß dazu vorliege, eine Kanzlerkrise herbeizuführen. Damit ist ausgedrückt, daß die Fraktion für den Augenblick in dem Verbleiben des Kanzlers im Amt kein Hindernis erblickt weder für den Frieden noch für die innerpolitische Neugestaltung. Die Fraktion wird natürlich ihre Gründe für diese Auffassung gehabt haben. Hoffentlich wird sie nicht durch die Entwicklung der Dinge widerlegt.

Der Kanzler hatte die Absicht, am Mittwoch im Reichstag eine neue programmatische Rede zu halten, die sich vorwiegend mit den innerpolitischen Fragen beschäftigen sollte. Der Antwort Wilsons wegen ist aber die Reichstags-Sitzung auf noch unbestimmte Zeit verschoben worden. Wahrscheinlich findet sie am Freitag statt. —

### Stichwahl in Berlin I.

Am gestrigen Dienstag fand in Berlin I die Stichwahl für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Kaempf statt. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Kempner (Fortschr. Volkspartei)	2294
Heimann (Soz.)	1720
Müller (Unabhängiger)	513
Gellert (konf. sog. Angestelltenpartei)	180
Zersplittert	49
Abolute Mehrheit	2373

Es findet somit Stichwahl zwischen dem Fortschrittler und dem Sozialdemokraten statt.

Der Ausgang der Wahl bietet weiter keine Überraschungen, wenigstens für den Politiker nicht, der sich darüber klar war, daß die neuesten politischen Ereignisse die Gesinnung der Wähler nicht von heute zu morgen umwerfen. Das Ergebnis zeigt die gleiche Gestaltung wie die früheren Wahlen, nur daß die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen sowohl wie die Stimmengahlen, die die einzelnen Parteien erhielten, um die Hälfte kleiner sind.

Die Stichwahl wird, wie bereits feststeht, am 29. Oktober stattfinden. —

### Eine Prinzenprüfung.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldete am 8. Oktober feierlich:

Die Minister des Innern und der Finanzen haben an Seine Majestät den Kaiser und König folgendes Telegramm gerichtet: „Eurer Majestät melden wir unternommen zu sein, daß Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen nach Anzeige der Prüfungskommission die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst mit dem Prädikat „vollkommen befriedigend“ bestanden hat.“

Dieser bedeutungsvollen Nachricht folgt bei Wolff dann die Mitteilung über den Wechsel im Kriegsministerium und dieser wiederum die erste Antwort Wilsons auf die deutsche Friedensnote. Alles nach Rang und Wichtigkeit.

Die bürgerliche Presse findet das alles „vollkommen befriedigend“. Sie drückt sogar durchgehend die Wolffsche Meldung ab. Sie nimmt nicht den geringsten Anstoß daran, daß sich wegen eines Afforesgamens zwei Minister mit ihren Geheimräten in Bewegung setzen, daß wegen dieser Belanglosigkeit sogar ein untertänigstes Telegramm aufgegeben und befördert wird. Alles vollkommen befriedigend.

Wie man sieht, ist die Demokratisierung Deutschlands bei der bürgerlichen Presse in guter Gut. Sie hat einen stolzen Nacken und geht aufrecht durch das staatsbürgerliche Leben. Sie hat vollen Grund, entrüstet zu protestieren, wenn die Entente-Prese behauptet, die Deutschen seien ein Volk von Lakaien. . . .

### Mein Herr!

So beginnt die Note Lansing, in der er die drei Rückfragen Wilsons beantwortet. Eine Note, die weltgeschichtliche Bedeutung besitzt. In diesem Dokument wird ferner von dem Präsidenten, dem Reichskanzler gesprochen; nicht ein Wort mehr und schon gar kein Titel. Man stelle sich vor, in welchem Stille so etwas in den Kabinettskanzleien der Mittelmächte abgefaßt worden wäre!

Unlängst hat der österreichische Minister Graf Burian an den deutschen Reichskanzler telegraphiert. Natürlich kann er zu ihm nicht: Herr Reichskanzler sagen, sondern spricht ihn: Eure großherzogliche Hoheit an, obwohl die Hoheit wirklich eine Privatangelegenheit ist, da der Titel ja gar nicht aus dem Amt, vielmehr nur aus der Geburt „erfließt“.

Den neuen Staatssekretären hat der deutsche Kaiser den Titel Excellenz verliehen. Die Sozialdemokraten empfinden die „Auszeichnung“ nur peinlich. Sie haben sie abgelehnt, aber die bürgerlichen trugen Verlangen danach.

Und erst die „Exzellenzerer“ im allgemeinen. Dabei bemühen sich die Titelsüchtigen nicht mit der Anrede, sondern wenn sie von einem Minister reden, nennen sie ihn auch Excellenz. . . . Ach, wie tut das Krächzen doch so wohl! —

### Notizen.

Die neuen Regierungsmitglieder. Wie der „Reichsanzeiger“ amtlich meldet, wurden die Reichstagsabgeordneten Kaufmann (Fortschr.) mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs, Dr. David (Soz.) mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Giesberts (Zentr.) mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsarbeitsamt, Schmidt (Soz.) mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt beauftragt und der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller (Soz.) zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ernannt. —

Batoeki — Waldows Nachfolger. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batoeki ist als Nachfolger des Staatssekretärs im Kriegsernährungsamt, v. Waldow, in Aussicht genommen. Damit würde Batoeki in sein früheres Amt zurückkehren, dessen Verwaltung durch ihn zweifellos ungleich besser war, als die seines damaligen Nachfolgers Waldow. —

Eine Tageszeitung der Unabhängigen für Berlin soll nach der „Leipziger Volkszeitung“ gegründet werden. Ein entsprechender Antrag ist beim Reichskanzler bereits gestellt. Nachdem sich die Unabhängigen als selbständige Partei konstituiert haben, ist es natürlich nur wünschenswert, daß sie auch im Zentrum der deutschen Politik durch eine Tageszeitung zu Worte kommen. Berlin kann zwei sozialistische Tageszeitungen ganz gut vertragen, und die notwendige Aussprache mit den Unabhängigen kann durch ihr neues Organ nur erleichtert werden. —

Die Nationalliberalen für gleiches Wahlrecht. Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat in ihrer Sitzung vom 15. Oktober einstimmig beschlossen, die Wahlrechtsvorlage in der Form, wie sie aus den Verhandlungen des Herrenhauses hervorgeht, anzunehmen. Die bisherigen Gegner des Wahlrechts sind also — der Not gehorchend — etagelchwenkt. —

Freilassung Pilsudskis. Das Mitglied des polnischen Regiments Józef Lubomirski erklärt Ausfragern, daß der Führer der polnischen Legion, Oberst Pilsudski, der in Magdeburg interniert war, bereits freigelassen ist. Er wird noch in dieser Woche in Warschau eintreffen. —

### Der Druck hält an.

B. L. B. Großes Hauptquartier, 16. Oktober 1918. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Torhout und gegen die Bahn Siegem-Kortrijk. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet; an andern Stellen wichen sie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf dem nördlichen Angriffsflügel blieb Torhout in unserer Hand.

Veruche des Feindes, zwischen Werken und Torhout in nördlicher Richtung vorzudringen, wurden in erster Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Division verhindert. Südlich von Torhout haben wir die Linie Lichterfelde—Siegem gehalten. Südlich von Siegem gelang es dem Gegner, über die Bahn Siegem-Kortrijk hinaus vorzudringen; südlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen.

Westlich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach harter Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain—Nisouville hielten wir ihn durch unsere Heere nieder. Nisouville wurde nach heftigem Kampfe gegen den beiderseits des Ortes und gegen den Ort selbst mit harten Kräften mehrfach aufstürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Oise vorbrechende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im Kampfe stehende 6. bayerische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus.

Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind blieb hier südlich der Serre und etwa in Linie Vieffe—Sissonne—Le-Thour—St.-Germainmont.

An der Aisnefront Erkundungsgesichte. Der zwischen Cligny und Grandpre und Mouron entlang der Aisne vorwärtige kleine Stellungsbogen wurden geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorübergehenden Halten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

#### Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserm Feuer und an unsern Gegenstößen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einsatz weitüberlegener Kräfte, harter Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Jubin, am Walde von Bantheville und nordöstlich von Cuneil fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß.

Auf dem südlichen Maasufer zersplitterten sich die zwischen der Maas und nordwestlich von Beaumont gesicherten Angriffe in dem unüberwältigten Gelände in sehr heftige Zeitkämpfe, die zu unserm Gunsten endigten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

#### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

**Lichtspielhaus  
Panorama**

Ab Freitag

**Der Weltspiegel** Bernd Aldor

In der Hauptrolle:

Gewaltige Filmschöpfung in 6 Akten

**Halberstadt. Halberstadt.  
Bekanntmachung.**

Wie zu den vorhergehenden, so auch wieder zu der 9. Kriegsanleihe nehmen wir von Personen, die nicht über den Zeichnungsmindestsatz von 100 Mark verfügen, sich aber doch an dem vaterländischen Werke der Aufbringung von Mitteln zur wirtschaftlichen Kriegsrüstung beteiligen wollen, bis zum 23. Oktober mittags 1 Uhr Beträge von 5 Mark und weiter um 5 Mark steigend bis 100 Mark zur Belegung auf besondere Kriegssparbücher entgegen und bezahlen sie wie die Kriegsanleihe mit 5%. Diese Beträge dürfen aber vor Ablauf eines Jahres nach Friedensschluss nicht zurückgefordert werden. 2586

Städtische Sparkasse  
Hinter dem Ritzhause Nr. 11.

**Halberstadt. Halberstadt.  
Neunte Kriegsanleihe**

**5% Deutsche Reichsanleihe**  
unlösbar bis 1. Oktober 1924  
**4 1/2 % Deutsche Reichsschatzanweisungen**  
auslösbar mit 110 bis 120 %  
Zeichnungen nimmt die städtische Sparkasse, hinter dem Ritzhause Nr. 11, zu den Bedingungen des Reichsbank-Direktoriums und zum Zeichnungspreis von 98,00 Mark für 100 Mark, bei Schuldbucheintragungen 97,80 Mark, kostenlos entgegen.  
Zeichnungszeit Montag den 23. September bis Mittwoch den 23. Oktober 1918, mittags 1 Uhr.  
Halberstadt, den 21. September 1918.  
2586 Der Verwaltungsrat.

**Z. L.**  
(Zirkus-Lichtspiele, Königstraße)  
Heute letzter Tag  
der hervorragende Meisterfilm  
**Der fliegende Holländer**  
5 Akte In der Hauptrolle 5 Akte  
Guido Schützendorf  
Heldenbariton des hiesigen Stadttheaters.  
**Vier entzückende Tanzfilme**  
**Aus Höhen zum Nachtsyl**  
250 Tragödie in 4 Akten.  
Spielzeit: 4 bis 10, Sonntags 3 bis 10.

**Rauchtabak**  
in 100-Grain-Paketen. Garantiert beste Tabakmischung von gutem Geschmack und Brand.  
**10 Pakete 15.00 M. 20 Pakete 28.00 M.**  
franko Nachnahme, direkt an Verbraucher.  
**Hans Vorlauf, Breslau 23. T. 90**

**Halberstadt. Halberstadt.**

Für die bei der städtischen Sparkasse, hinter dem Ritzhause Nr. 11, zur 9. Kriegsanleihe gezeichneten Beträge stellt die Sparkasse den Sparern ihre Einlagen bedingungs- und kündigungsfrei zur Verfügung.  
Zeichnen ist vaterländische Pflicht! Wer zeichnet, verschafft sich eine sichere und hoch verzinsliche Vermögensanlage. Er hilft den Krieg verkürzen und fördert einen baldigen Friedensschluss.  
Halberstadt, den 21. September 1918.  
2586 Der Verwaltungsrat.

**Reuters Weinstuben**  
Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Vorzügliche Weine. — Solide Preise.  
Unterhaltungsmusik. 7412

**Sprechmaschinen**  
mit und ohne Reichter  
nach zu billigen Preisen  
und erstklassiges Fabrikat.  
Große Auswahl in  
Zitern, Hand- und Mundharmonikas,  
Mandolin, Gitarren, Geigen,  
Saiten und Zubehörteile.  
**Neuere Schläger in Schallplatten**  
Reis am Lager. 2659  
**Musikhaus Weber, Königshof 9. Batterien** sind frisch eingetroffen.  
Alle Platten werden zu höchsten Preisen gekauft.  
Alle Reparaturen und Ersatzteile.

**Tonbild-Theater Weiße Wand Colosseum**

Heute letzter Tag:

Mady Christians in <b>Die Verteidigerin</b> Schauspiel in 4 Akten.	Alwin Neuss in <b>Clown Charly</b> Schauspiel in 4 Akten. Alwin Neuss in seiner Doppelrolle als Erbsprinz Rudolf und Clown Charly.	Die Schlange der Leidenschaft Drama in 4 Akten.
Nauke auf Freiersfüßen Posse in 2 Akten. In der Hauptrolle Richard Kellerhals	Frydel Fredy in <b>Die Nacht der Entscheidung</b> Drama aus dem Künstlerleben in 4 Akten.	Paul Beckers in <b>Fliegentüten-Heinrich als Rentier</b> Lustspiel in 2 Akten.
<b>Sewastopol</b> Die Hafenstadt der Ukraine. Militär-antike Aufnahme.		

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Ende 10 Uhr.

**Restaur. Badeanstalt, Buckau, Coquisir. 19**  
à la Aschinger  
Sonnabends und Sonntags: **Preis-Stat**  
hierzu Anstich von Bayer. Gekelbräu (sehr beliebt)  
Knoblauchwurst (markenfrei) — Kaffee, f. Kuchen, Torten.  
Kugenehmer, sehr beliebter Familienbesuch. 2601

**Prima Schenerpulver**  
**Blitz-Blank**  
patentmäßig gesch. Marke,  
besten Erfolg zum Schenern,  
in ca. 40-er-Paket, gr. Pkt. à 100 Pakete, Mk. 1250 franko.  
Schenepulver Mittel für Kolonialwaren-Handlungen.  
**Fa. Franz Steinbach**  
in Rodriß bei Oßeln.  
Schieß- und Bewegung für Gewässer.  
— Vertreter gesucht. — 274

**Viktoria-Theater**  
Das Theater ist geheizt. 21250  
Täglich 7 1/2 Uhr abends:  
**Nur zum Gefecht**  
Ein Marineschauspiel vom Verfasser des „Hias“.  
Dargestellt von Matrosen unter Mitwirkung erster Künstler.  
Vorverkauf im Vertikalschein, Breitenweg, bei Marasch und täglich von 11 bis 1 Uhr und ab 5 Uhr an der Theaterkasse. Fernsprecher 570.

**Vogelgesang**  
Große Vögel-Ausstellung! G. Heinrich.

**Burg. Gewerkschaftskartell. Burg.**  
Am Montag den 21. Oktober, abends 8 Uhr, gelang im Konzerthaus zur Aufführung  
**Kater Lampe**  
Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.  
Eintrittskarten à 50 Pfg. sind bei den Unterkauffern sowie in den Lagern des Reichsbank-Konsumvereins zu haben an der Abendkasse 1 Mark.  
Um zahlreichen Besuch bittet Das Gewerkschaftskartell.

**Zum Hauschlachten**  
offiziell fürstliche  
Erster prima  
Her Schmiedemann, Darmbandl., Gebdenstraße 8  
gegenüber dem Kaiser-Friedrich-Stadium — Fernsprecher 5528

**Zöpfe**  
zu bekannt bill.  
Preis. Fertige je-  
de Haarart. aus  
eigenem ausgef.  
Haar sauber an-  
Will. Gehlsitz, Breitenweg 110,  
Eingang Krötator.

**Gutes Brief-papier**  
lose und in  
modern. Aufmachung  
Jos. Sterr  
Bismarck-Strasse 32.

**ZENTRAL THEATER**  
Abendlich 7 Uhr  
**Don Cesar**

**Kommer-Lichtspiele**  
Heute letzter Tag  
**Die Sieger**  
Schauspiel in 4 Akten nach dem gleichnamigen Roman mit Gesangsbelegungen. In der Hauptrolle:  
**Henny Porten**  
Gesangsbelegungen: O du mein Glück.  
**Hanne Brinkmann**  
in  
**Frau Gräfin**  
Lustspiel in 2 Akten  
**Kriegsberichterstattung.**  
Beginn wochentags 1 Uhr, Sonntags 3 Uhr.  
Ende 10 Uhr.

**Fürstentum-Prunkaal.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Resitations-Abend  
**Ludwig Wöllner.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Helden- und Hirtens-Abend  
Königlicher Sänger 265  
**Heinrich Schlusnus.**  
Karten für beide Betan-  
lungen erhältlich an der  
Fürstentum-Prunkaal, 19-1, 5-8, und im Ver-  
sehrer 2-1, 3-6.

**Stadttheater.**  
Donnerstag den 17. Oktober  
3. Abend. Weiße Karten  
**Mignon.**  
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Freitag den 18. Oktober  
**Das Nachtlager in Granada**

**Stephanshallen**  
Direction Rich. Froberg  
Täglich abends 7 Uhr  
Sonntags ab 3 Uhr nachm.  
**Erstklassige  
Variété-Vorstellung!**

**Fürstentum-Prunkaal.**  
Sonntag 4 1/2 bis 7 Uhr  
und von 8 bis 11 Uhr  
**Große Militär-  
Streichkonzerte**  
Leitung: Obermusikdirektor  
Karl Schleich.  
Diese Konzerte sind als  
**Lichtkonzerte**  
mit  
Reparaturbetrieb  
Karl 2586

**Wilhelm-Theater**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr  
der große Schläger  
**Drei alte Schmeiteln.**  
Freitag  
Sah ein Knab' ein  
Ableim stehn.  
Sonntags  
**Die lustige Witwe.**  
Sonntag den 20. Oktober, nachm.  
**Drei alte Schmeiteln.**  
Abends  
**Die lustige Witwe.**  
Montag den 21. Oktober  
Auf vierseitigen Kunstschmuck  
Karl 2586

**Walküre THEATER**  
Direction: Gustav Kneck.  
Heute 7 1/2 Uhr:  
**Die Grille**  
Ländliches Charaktergemälde  
in 5 Akten von Charlotte  
Borch-Pfeiffer. 7416

**Lichtspielhaus Panorama**  
Heute letzter Tag  
**Der siebente Kuß**  
Drama in 4 Akten mit Gesangsbelegungen.  
In der Hauptrolle:  
**Hilde Wörner.**  
Gesangsbelegungen:  
Der siebente Kuß.  
Das Lied von der sterbenden Rose.  
**Thea Steinbrecher** in  
**Der versandte Verwandte**  
Lustspiel in 3 Akten.  
**Rentier Kulickes Flug an die Front**  
militär-antike Aufnahme  
Beginn wochent. 4 Uhr, Sonnt. 3 Uhr. Ende 10 Uhr.







